

Berlin, Dienstag, Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal.

Bezugs-Preis: Vierteljährlich für Berlin 7 M., 50 Pf. ohne Porto, für ganz Deutschland 9 M., Österreich 13 M., 82 Hell., Rußland 4 Rub., 55 Kop., Holland 7 H., 50 Gld. Für Frankreich, Belgien, England, Schweiz, Amerika usw. Kreuzband-Gebung 20 M. für das Vierteljahr. Bestellungen werden angenommen für England in London bei Messrs. 20 Rime Street E.C. und Conley & Co. 19 Grosvenor Street E.C.

Berliner Börsen-Beitung.

Befellungen werden angenommen bei allen Postanstalten, Zeitungs-Spediteuren und unserer Expedition.

Alle besondere Beilagen erscheinen. Verdingungs-Anzeiger. Hotels- und Bäder-Anzeiger. Vollständige Diebstahl-Listen der Preussischen Kasernen-Soldate. Allgemeine Verlosungstabellen mit Restanten-Listen und viele andere wichtige tabellarische Uebersichten.

Insertions-Gebühr: Die viergespaltene Zeile 50 Pf. Restantell 1 M.

Telegraphen-Adresse: Börsekrone.

Redaktion und Expedition: Berlin W. 8., Kronenstraße Nr. 37. Annahme der Inserate: In der Expedition.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 243.

Vom Tage.

Der König von Sachsen ernannte den König von Spanien zum Chef des 2. Infanterie-Regiments Nr. 18.

Clemenceau, Pichon und Jzwolski hatten gestern Unterredungen, in denen sich eine vollständige Uebereinstimmung in den Anschauungen bezüglich der Orientfrage ergab.

Graf Mensdorff, der österreichisch-ungarische Botschafter in London, reiste gestern nach Balmoral, um dem König Eduard den eigenhändigen Brief des Kaisers Franz Josef vorzulegen.

Meldungen aus Konstantinopel zufolge herrscht dort infolge der Nachrichten aus Bulgarien sowie infolge von Kriegsgerüchten eine beunruhigte Stimmung.

Die Balkan-Krise.

Der erste Schlag am Balkan ist gefallen. Bulgarien hat seine Unabhängigkeit erklärt und Prinz Ferdinand von Bulgarien zum König ernannt. Ein ernsthafter Widerspruch von Seiten der Mächte ist kaum zu erwarten, denn es ist ziemlich gleichgültig, ob es einen Fürsten oder König von Bulgarien gibt und die Selbstständigkeit des Staates ist anlässlich des Gesandtschaftsbesuches ziemlich allgemein anerkannt worden. Es handelt sich hierbei tatsächlich nur um die Legitimierung eines längst bestehenden Zustandes, die höchstens von der Türkei beanstandet werden könnte. Schwierigkeiten könnten nur aus der Stellungnahme des serbisch-bosnischen Königreiches zur Orientbahn-Angelegenheit erwachsen, aber man kann wohl von der politischen Einsicht der bulgarischen Staatsmänner erwarten, daß sie den reichsten Erfolg nicht durch ein va-banque-Spiel riskieren werden. Die Regelung der Eisenbahnfrage ist die natürliche Konsequenz der Unabhängigkeitserklärung; das Königreich Bulgarien kann je jedoch mit triftigeren Gründen fordern als der Balkanstaat und es ist andererseits in der angenehmen Lage, durch weitgehendes Entgegenkommen in der Form der Türkei ein den Interessen beider Teile gerecht werdendes Kompromiß mündgerecht zu machen. Unter diesen Umständen erweist sich ein von der englischen Regierung ausgehender Vorschlag zur Verständigung vielleicht als durchführbar. Nach einer Meldung aus London soll sich die Türkei bereit erklärt haben, einer Uebereinkunft des mit der Orientbahn-Gesellschaft abgeschlossenen Nachtvertrages auf die bulgarische Regierung zuzustimmen, vorausgesetzt, daß die Bahn vorläufig der Gesellschaft zurückgegeben würde und die Rechte der türkischen Regierung gewahrt würden. Die englische Regierung habe die Signatarmächte des Berliner Vertrages ersucht, der Regierung in Sofia diese Lösung der Streitfragen zu empfehlen, um den normalen Stand der Dinge wieder herzustellen. Dem Vernehmen nach sind die Großmächte übereingekommen, dementsprechend vorzugehen. Sollte dieser Vorschlag die Zustimmung der Beteiligten finden, dann würde es sich nur noch um Festsetzung der Abfindungssumme handeln, die Bulgarien an die Türkei für Abtretung der Eigentumsrechte zu zahlen hätte; die Ordnung der Verhältnisse zur Orientbahn-Gesellschaft wäre rein privatrechtlicher Natur und berührt nicht mehr die Balkan-Politik.

Früherlich ist es freilich, ob man sich in Konstantinopel so ohne weiteres zur Entfaltung wird zwingen lassen, denn es handelt sich um eine schwere Niederlage der Reformregierung, die deren Regierungsfähigkeit in kein allzu glänzendes Licht stellt. Es erweist sich immer deutlicher, daß die recht unmögliche Brückensicherung Bulgariens im „Fall Geschoff“ ein schwerer Fehler war, der den Anstoß zu

der heutigen unliebsamen Entwicklung gegeben hat und unter dem „Autokraten“ Abdul Hamid höchst wahrscheinlich vermieden worden wäre. Es wäre schwer verständlich, wenn man zu dem ersten einen zweiten Fehler hinzufügen und zur Rettung des bedrohten Partisanenlebens einen Krieg heraufbeschwören wollte, dessen Ausgang zum mindesten recht zweifelhaft wäre. Gewiß ist die türkische Armee bis vor kurzem dank der Arbeit der deutschen Ingenieure sehr leistungsfähig gewesen, aber es wird sich erst erweisen müssen, ob sie dies heute noch nach den Umwälzungen der letzten Zeit ist. Es stehen ihr 700 000 ausgebildete Mannschaften zur Verfügung, zu denen dann noch die verschiedenen Reserverformationen treten. Selbstverständlich könnten für einen etwaigen Krieg in Europa nicht alle Kräfte verfügbar gemacht werden, doch wäre die Pforte wohl in der Lage, mit der Zeit ca. 500 000 Mann einzusetzen, denen Bulgarien kaum 200 000 Mann gegenüberstellen könnte; aber diese wären sofort oder wenigstens in kürzester Zeit marschbereit und würden mit den geringen türkischen Streitkräften, die kriegsbereit in Mazedonien stehen, möglichenfalls ausgeräumt haben, ehe die Pforte die Verstärkungen zur wirksamen Verwendung heranziehen könnte.

Auf eine etwaige kriegerische Stimmung in Konstantinopel dürfte auch die Gewißheit abkühlend wirken, daß man demnächst auch eine Abrechnung mit Österreich-Ungarn zu erwarten hat. Nach einer Meldung der „N. Fr. Pr.“ aus Pest wird die Proklamation der Annexion Bosniens in den aller nächsten Tagen erfolgen. Die Proklamation wird die Entschliebung des Kaisers kundgeben, daß er seine volle Souveränität auf Bosnien und die Herzegowina ausdehnen und für diese Länder die für Österreich-Ungarn bestehende Erbfolge einführe. Mit der Pforte wird über eine Verständigung verhandelt; Österreich-Ungarn ist geneigt, auf seine Besatzungsrechte im Sandjak Kowibazar zu verzichten. Angesichts der Machtüberziehung am Balkan erscheint dieser Entschluß Österreich-Ungarns durchaus erklärlich. Es hat sich durch die anerkanntermaßen Kulturarbeit, die es in den dreißig Jahren seiner Verwaltung geleistet hat, ein begründetes Anrecht auf den Besitz Bosniens und der Herzegowina erworben. Wahrscheinlich hätte es mit der Einberlebung noch länger gewartet, wenn nicht durch die Einschränkung der Konstitution in der Türkei ganz unhaltbare Verhältnisse geschaffen worden wären. Es ist nicht denkbar, daß die beiden, auf dem Papier noch zur Türkei gehörenden Blajets Abgeordnete in das türkische Parlament schicken sollten; andererseits könnte man ihnen nicht gut politische Rechte versagen, deren sich die Stammesgenossen in Mazedonien nun zu erfreuen haben. Auch hier mußte eine Reform eintreten, die aber nur möglich war durch eine grundsätzliche Regelung der unklaren politischen Verhältnisse, d. h. durch die Einbeziehung in den Kaiserstaat. Wann und in welcher Form dies geschehen wird, steht noch nicht sicher fest. Es heißt, daß die formelle Erklärung in der Thronrede gegeben wird, mit der die für Donnerstag in Pest einberufenen Delegationen eröffnet werden sollen. Noch unbestimmt ist, ob die neuen Provinzen Kroatien zugeschlagen werden werden, wogegen man sich in Pest aus begründlichen Gründen sträubt, oder ob man ein Reichsland nach dem Beispiel Elsaß-Lothringens bilden wird.

Werkwürdig berührt die, wir möchten fast sagen Gleichgültigkeit, mit der in Berlin eine Angelegenheit von so hoher Bedeutung behandelt wird, während die fremde Diplomatie eine außerordentlich große Tätigkeit entfaltet. Fürst Bilow bleibt ruhig in Nordbreen, während die Nichtstätigkeitserklärung des Berliner Vertrages erfolgt, und auch der Staatssekretär v. Schoen scheint seinen Urlaub nicht abtützen zu wollen. Man sieht ansehend den Verlauf der Dinge als unabänderlich an. In Paris und Petersburg ist man offenbar anderer Meinung. Der französische

Minister des Aeußern Pichon hat gestern vormittag den russischen Minister des Aeußern Jzwolski und Johann den türkischen Botschafter Kaum-Pascha empfangen, nachmittags die Botschafter Englands, Italiens und der Vereinigten Staaten und wird heute früh den diplomatischen Agenten Bulgariens empfangen.

Zur Unabhängigkeitserklärung Bulgariens und der bevorstehenden Einberlebung Bosniens und der Herzegowina in Österreich-Ungarn meldet ein Berliner offizielles Telegramm der „Adn. Zig.“: Welche besonderen Erwägungen Österreich-Ungarn veranlaßt haben, gerade in diesem Augenblicke zur Einberlebung zu schreiten, ergibt sich, wie man süberhörtlich annehmen darf, aus dem Inhalt der Briefe, die Kaiser Franz Josef an die Staatsoberhäupter der auf dem Berliner Kongress vertretenen Mächte gerichtet hat. Als die türkisch-nationale Bewegung in Mazedonien ausbrach, wurde von einigen Seiten der Vorschlag gemacht, das neue Regime möge den Aufschwung benutzen, um die mit dem Reiche nur noch lose verbundenen Länder dem türkischen Reiche wieder fester anzuschließen. Damals wurde vom ottomanischen Komitee die Forderung mit der Begründung zurückgewiesen, daß ein solcher Versuch als ausfiskallos anzusehen sei. Man wird annehmen dürfen, daß an dieser Ansicht, was Bosnien und die Herzegowina nicht ändern wird; schwerer dürfte die Türkei durch die Unabhängigkeitserklärung Bulgariens getroffen werden. Unzweifelhaft wird dieser Schritt in der Türkei eine tiefgehende Erregung hervorrufen und Einsprüche veranlassen, die sich namentlich auf Strumelien beziehen dürften. An die Türkei tritt nunmehr die schicksalsschwere Frage heran, ob sie die neue, gemaltam herbeigeführte Verberung auf der Balkanhalbinsel dulden oder ihr mit Mitteln der Gewalt entgegenstellen will. Das neue Regime befindet sich in ungemein schwieriger Lage, denn, nachdem es das nationale Selbstbewußtsein geweckt hat, muß es ihm widerstreben, Ereignisse zuzulassen, die für dieses Selbstbewußtsein peinlich und schmerzhaft sind. Auf der anderen Seite werden die Türken sich fragen müssen, ob sie von einem, wenn auch siegreich geführten Kriege Vorteile erlangen können, die zu den Gefahren und Opfern des Krieges im richtigen Verhältnis stehen.

Paris, 5. Oktober. (E. T. G.) Der „Temps“ spricht die Ansicht aus, daß die Ereignisse im Orient, insbesondere die Proklamation der Unabhängigkeit Bulgariens, den Kabinetten von Paris, London und Petersburg die Pflicht auferlegen, Europa daran zu erinnern, daß der Berliner Vertrag nicht zerrissen, sondern nur reifiziert werden könne. Für die Reifizierung sei das Einbernehmen aller Mächte notwendig, das nur durch die Einberufung eines Kongresses erzielt werden könne, auf dem alle Mächte offen die Gründe ihrer Haltung darlegen müßten. Man sei nun viel geringere Dinge willen nach Algerias gegangen.

Sofia, 5. Oktober. (E. T. G.) [Meldung der Agence Bulgare.] Die Nachricht von der Proklamation Bulgariens zum Königreich wurde sowohl in der Hauptstadt wie in der Provinz mit großer Begeisterung aufgenommen. Ueberall herrscht lebhafteste Bewegung. Alle Verwaltungsbehörden trafen Maßregeln, um das Ereignis feierlich zu begehen. Die Städte sind geflaggt. Morgen werden im ganzen Lande Gottesdienste abgehalten. Auf dem Truppenübungsplatz bei Sofia wird morgen Parade der gesamten Garnison stattfinden. Ebenso werden auch in der Provinz Truppenparaden abgehalten werden. Nach Trivovo geben hinausgelegt zahlreiche Gildewundschepchen ab. Alle Bureaus sind heute geschlossen. Der Unterricht in den Schulen fällt für drei Tage aus.

London, 5. Oktober. (E. T. G.) [Meldung des Aeußerlichen Bureaus.] Der österreichisch-ungarische Botschafter Graf Mensdorff ist nach Balmoral abgereist, um dem König Eduard den eigenhändigen Brief des Kaisers Franz Josef vorzulegen. Die englische Regierung ist von der österreichisch-ungarischen Regierung über die Wünsche des Kaisers betreffend Bosnien und die Herzegowina in